

Scharfe Kritik des DGB am NATO-Gipfel – DGB-Chef Bliesinger wirft Innenminister Rech «schikanöse Auflagen» vor

Baden-Baden/Stuttgart, 09.02.2009, 15:58 Uhr Als bisher erste große gesellschaftliche Kraft kritisiert der Deutsche Gewerkschaftsbund den NATO-Gipfel in Baden-Baden und Straßburg scharf: «Wahrscheinlich über 50 Millionen Euro für einen Polizeieinsatz und die Selbstinszenierung der Politiker und Militärs auszugeben, während die Landespolitik an der Ausstattung und Besoldung der Polizei spart und Geld für Bildung und Soziales knapp ist, ist nicht vertretbar», erklärte heute Landeschef Rainer Bliesinger. Gegen Innenminister Heribert Rech führt Bliesinger auch eine scharfe Klinge. Er fordert den Innenminister auf, «zur Deeskalierung beizutragen statt die Demonstranten schon im Vorfeld als Rechtsbrecher zu diffamieren und schikanöse Auflagen für die geplanten Protestcamps zu machen», heißt es in der Erklärung des DGB von heute. Der DGB-Bezirk Baden-Württemberg ruft trotz der massiven Kritik jedoch nicht zu Protesten auf. Am Samstag wird es in Baden-Baden zu einer ersten Bewährungsprobe kommen. Eine Demonstration gegen den Rechtsradikalismus richtet sich auch gegen den NATO-Gipfel, der am 3. und 4. April in Baden-Baden und Straßburg stattfinden wird. Allein von deutscher Seite sollen dann 14 000 Sicherheitskräfte zum Einsatz kommen.